

GIH: Warum der Energieausweis nichts bringt - und was sich ändern muss



Eine in Zusammenarbeit mit dem Energieberaterverband GIH an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen entstandene Bachelorarbeit stellt dem Gebäudeenergieausweis ein bundesweit schlechtes Zeugnis aus. Die im August 2018 eingereichte Arbeit mit dem Titel „Analyse des Vollzugs der Energieausweise in den Bundesländern – eine vergleichende Studie“ kommt zwar zu dem Schluss, dass der Energieausweis ein wichtiges Instrument zum Erreichen nationaler und internationaler Klimaschutzziele sein könnte. Allerdings sei es mit den derzeitigen Regelungen kaum möglich, ihn energiepolitisch wirkungsvoll einzusetzen. Auch wenn die Handhabung in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich sein mag, kommt die Arbeit zu dem Schluss, dass die Kontrollverfahren bundesweit unzureichend sind – in manchen Ländern gibt es keine entsprechenden Kontrollstellen, in anderen mangelt es bereits an einer Durchführungsverordnung zur Energieeinsparverordnung (EnEV). Außerdem bewertet die Arbeit die Aussagekraft vor allem von Verbrauchsausweisen häufig als zu niedrig.

Weg mit dem Verbrauchsausweis!

Verbrauchsausweise sind dem GIH schon seit Langem ein Dorn im Auge: Sie werden meist online erstellt und liefern keine umfassenden und vergleichbaren Informationen über Gebäudehülle und Technik. Vielmehr beruhen sie auf Werten, die hauptsächlich von der Anzahl der Bewohner sowie deren Verhalten abhängen. „Aus unserer Sicht gehören Verbrauchsausweise ganz aus dem Verkehr gezogen. Im Idealfall sollte im Gebäudeenergiegesetz auf Bedarfsausweisen bestanden werden, die zudem einen verpflichtenden Besuch vor Ort durch einen Energieberater voraussetzen“, so der GIH-Bundesvorsitzende Jürgen Leppig. Nur so könne der Status Quo erfasst und Modernisierungsmaßnahmen vorgeschlagen werden.

Kontrollen brauchen Fachpersonal für Vollzug

Für die stichprobenartige Kontrolle von Energieausweisen hat die Bundesregierung eigentlich ein dreistufiges Verfahren entwickelt, das sowohl EU- als auch Bundesrecht entspricht. Allerdings hapert es mit der Umsetzung, da die einzelnen Bundesländer fachlich und personell schlecht aufgestellt sind. "Hier muss unbedingt etwas getan werden. Es geht nicht an, dass die EnEV-Kontrollstelle in Mecklenburg-Vorpommern nur mit einer fünftel Personalstelle ausgestattet ist oder in einem großen Bundesland wie Baden-Württemberg nur 300 von 52.000 Energieausweisen überprüft werden", so Leppig.

Quelle: GIH